Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3560

16. 01. 80

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Pfeifer, Rühe, Frau Benedix-Engler, Daweke, Dr. Hornhues, Frau Krone-Appuhn, Dr. Müller, Voigt (Sonthofen), Berger (Lahnstein), Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski und der Fraktion der CDU/CSU

Erhöhung von Studiengebühren in England für ausländische Studenten

Die politisch dafür Verantwortlichen und die betroffenen Mittlerorganisationen haben in den letzten Monaten zunehmend die Notwendigkeit erkannt, den prozentualen Rückgang des Auslandsstudiums deutscher Studenten, die an ausländischen Hochschulen ihre Kenntnisse und ihre Bildung erweitern, zu stoppen und in eine steigende Bereitschaft zu einem Auslandsstudium zu wenden.

Häufig sind finanzielle Gründe für die Ablehnung eines Auslandsstudiums durch deutsche Studenten maßgebend: Oft hohe Studiengebühren an ausländischen Ausbildungsstätten und fehlende eigene Finanzmittel.

Unter diesem Gesichtspunkt muß es als ein gravierender Rückschlag in dem Bemühen zur wirkungsvolleren Förderung des Auslandsstudiums deutscher Studenten angesehen werden, daß nach internen Berichten die Regierung Großbritanniens plant, die Studiengebühren für ausländische Studenten drastisch zu erhöhen. Damit werden ausländische Studenten von einem Studienaufenthalt in England abgeschreckt; ihr Studium in England wird praktisch unmöglich gemacht.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Kann die Bundesregierung Berichte, wie etwa den des Instituts für Psychiatrie der Universität London, bestätigen, daß die britische Regierung plant, ab Herbst 1980 die Studiengebühren für Ausländer von bisher etwa 5000 DM auf 20 000 DM pro Jahr zu erhöhen?

2. Wie beurteilt die Bundesregierung diese Maßnahmen – falls die genannten Informationen richtig sind – unter dem Aspekt der auch von ihr erklärten Notwendigkeit, wieder mehr Studenten zu einem Auslandsstudium gerade auch in England zu bewegen?

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

3. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung für den Fall der Verwirklichung dieser Maßnahmen durch die britische Regierung auf die Auslandsförderungsmöglichkeiten und -finanzmittel der Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, die Studenten für ein Auslandsstudium nach England vermitteln?

4. Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Auswirkungen der eventuellen Maßnahmen der britischen Regierung auf die speziellen „Anglisten-Programme", also der Förderung des Auslandsstudiums von Anglistik-Studenten?

5. Ist die Bundesregierung bereit, den Mittlerorganisationen für Auslandsstudien den durch die Erhöhungsabsicht der britischen Regierung entstehenden Mehrbedarf an Förderungsmitteln zur Verfügung zu stellen?

6. Sieht die Bundesregierung Mittel und Wege, den Bewerberstrom für ein Studium in Großbritannien trotz der Tatsache, daß dieses Land unter sprachlichen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten das begehrteste Land für ein Auslandsstudium ist, in andere englisch-sprachige Länder zu lenken, um so die britischen Hochschulen zu umgehen?

7. Welche Absichten hat die Bundesregierung, auf die britische Regierung schnell in eindringlicher Weise einzuwirken, um die einseitige Vervierfachung der Studiengebühren an englischen Hochschulen zu verhindern? Ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit, die britische Regierung in unmißverständlicher Weise auf die negativen Folgen für die Auslandsbildung von Studenten und insbesondere für die politische Einstellung der Studenten zur Europäischen Gemeinschaft hinzuweisen, falls die Absicht der britischen Regierung verwirklicht wird?

Bonn, den 16. Januar 1980

Pfeifer
Rühe
Frau Benedix-Engler
Daweke
Dr. Hornhues
Frau Krone-Appuhn
Dr. Müller
Voigt (Sonthofen)
Berger (Lahnstein)
Frau Dr. Wilms
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion